

Strikte Regulierung nötig

Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Rohstoffspekulation auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

von Peter Wahl

Dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 folgte eine Weltwirtschaftskrise. Nahrungsmittel wurden zum Spekulationsobjekt, Agrarrohstoffe gerieten in die Fänge der Finanzmärkte. In der Folge nehmen Armut und Hunger in der Welt zu. Es kam zu Hungerprotesten und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Ein Ende dieser Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Zwar steht das Thema seither regelmäßig auf der politischen Agenda und es kam zu ersten Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung. Die notwendigen substantiellen Veränderungen stehen jedoch noch aus. Das Menschenrecht auf Nahrung ist keine Ware. Nahrungsmittel dürfen nicht zum Gegenstand spekulativer Geschäftsmodelle werden. – Der folgende Beitrag zeigt die Mechanismen auf, durch die die Agrar- und Lebensmittelmärkte in den spekulativen Sog der Finanzmärkte geraten und benennt konkrete Maßnahmen, mit denen vor allem die Grundnahrungsmittel für Entwicklungsländer dem unregulierten Zugriff der Märkte entzogen werden.

Die globale Finanzkrise ist „die größte Herausforderung für die Weltwirtschaft in unserer Epoche“, so die Abschlusserklärung des Londoner G20-Gipfels vom April 2009 (1). Und in der Tat, seit der Weltwirtschaftskrise 1929 hat keine Finanzkrise die Welt so erschüttert wie diese. Da das Finanzsystem quasi das Nervensystem der Wirtschaft ist, musste sein Kollaps auch zu einer Weltwirtschaftskrise führen. Deren Ende ist noch nicht abzusehen und die Folgen werden uns noch jahrelang beschäftigen. Besonders hart getroffen sind die verwundbaren Volkswirtschaften der armen Länder. Während die Industrieländer und China Mittel zur Bankenrettung und für Konjunkturpakete von circa fünf Billionen US-Dollar bereitstellten (Größenordnungen, wie sie sonst nur in Kriegszeiten denkbar sind), haben die armen Länder kaum Reserven, die Krise abzufedern.

Dementsprechend nimmt die Armut zu und mit ihr der Hunger: „Zwischen 109 und 126 Millionen Menschen sind infolge der Nahrungsmittelpreissteigerung seit 2006 unter die Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag gefallen. (...) In Subsahara-Afrika dürfte die extreme Armut um acht Prozent gestiegen sein. Das bedeutet, dass die jüngsten Nahrungsmittelpreissteigerungen die Erfolge bei der Armutsreduzierung zwischen 1990 und 2004 wieder zunichte gemacht haben.“ (2) Wenn nicht ein Wunder geschieht, werden die Millenniums-Ziele der Vereinten

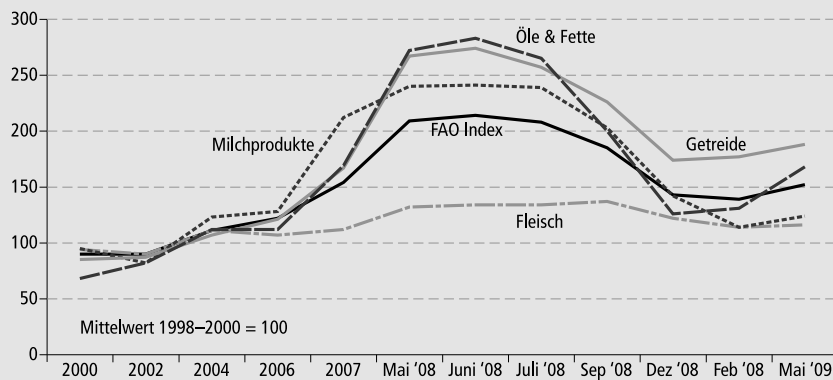
Nationen und insbesondere die Halbierung der Zahl der Hungernden nicht erreicht.

Im Krisenjahr 2009 stieg deren Zahl erstmals in der Menschheitsgeschichte über die Milliardengrenze: auf 1,02 Milliarden (3). Zwar hatte sich die Ernährungslage auch unabhängig von der Krise seit 1997 stetig verschlechtert, aber allein im Jahr 2009 gab es einen steilen Anstieg um elf Prozent, wovon neun Prozent direkt den Folgen der Finanzkrise zugerechnet werden können (4).

Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen

Unmittelbarer Anlass für die katastrophale Zunahme der Hungernden war ein drastischer Anstieg der Nahrungsmittelpreise, der 2007 begann und Mitte 2008 seinen Höhepunkt erreichte. Der FAO-Index stieg von 122 Punkten Ende 2006 auf 214 im Juni 2008 – ein Plus von 75 Prozent in nur 18 Monaten! Besonders dramatisch war die Steigerung bei Reis und Getreide, wo die Preise um 126 Prozent in die Höhe schossen (5). Danach stürzten die Preise wieder ab – bis Februar 2009 sogar bis leicht unter das Niveau von 2007 (Abb. 1). Allerdings blieben sie höher als vor der Krise und steigen seither auch wieder stetig an (6). Der abrupte Anstieg und der noch abruptere Fall sind ein trügerisches Zeichen dafür, dass es sich um eine spekulative

Abb. 1: Entwicklung der Nahrungsmittelpreise (Dezember 2000 bis Mai 2009)



Quelle: FAO 2009

Preisblase handelte. So stellte die US-Aufsichtsbehörde für den Handel mit Rohstoff-Futures bereits im September 2008 fest, „dass die Rohstoffmärkte Preisverzerrungen oder möglicherweise sogar eine spekulative Blase erzeugt haben“ (7).

Als die Preise am Steigen waren, wurde der Faktor Spekulation zunächst heftig bestritten. Da die Preisbildung bei Agrarrohstoffen in der Tat komplex ist und die Preise auch unabhängig von der Finanzkrise seit Jahren stetig nach oben gehen, wurden alle möglichen Gründe bemüht, um den rasanten Ausschlag 2008 zu erklären. So wurden zum Beispiel steigende Nachfrage in Schwellenländern, stagnierende Produktivitätsentwicklung und Unterinvestition in die Landwirtschaft oder die Produktion von Biokraftstoffen angeführt. Diese Faktoren wirkten sicherlich weiter, aber jetzt kamen noch die spekulativen Effekte obendrauf.

Das wurde deutlich, nachdem die Preise ab Juli 2008 wieder fielen. Denn die genannten Faktoren wirken langfristig und gehen innerhalb von 18 Monaten weder so steil nach oben noch in noch kürzerer Zeit wieder nach unten. Auch wenn kurzfristige Faktoren wie eine schlechte Ernte in Australien und der Abbau von Lagerkapazitäten einen Anteil am Preisanstieg gehabt haben könnten, haben wir es bei dem raschen Anstieg und dann dem ebenso raschen Fall der Preise mit einer klassischen Spekulationsblase zu tun. Selbst die Landwirtschaftsminister der G8 haben inzwischen erkannt, dass Spekulation ein Problem ist und fordern, es müsse „eine weitere Analyse der Faktoren geben, die potentiell die Preisvolatilität auf den Rohstoffmärkten beeinflussen, einschließlich Spekulation“ (8).

Wie kam die Spekulationswelle zustande? Nachdem die Hypothekenkrise in den USA zur Kreditkrise geworden war, brachen – noch vor dem Bankrott von *Lehmann Brothers* – ganze Marktsegmente zusammen, so zum Beispiel das der strukturierten Produkte oder der Kredit-

zertifikate (*Collateral Debt Obligations – CDOs*). In dem Maße, wie Geschäfte im Finanzsektor riskanter und unrentabel wurden, suchten institutionelle Investoren (Investmentbanken, Hedgefonds, Pensionsfonds etc.) verzweifelt nach neuen Märkten. Sie warfen sich jetzt auf die Rohstoffmärkte, in erster Linie Erdöl, aber auch agrarische Rohstoffe. Allerdings nicht in den realen, physischen Handel, sondern in Geschäfte mit Derivaten, in erster Linie Futures. In der Erwartung, dass die Preise weiter steigen, wurden Agrarfutures in großem Umfang gekauft. „Spekulanten, die nach Rendite durch steigende Preise suchten, schichteten ihre Portfolios um und kauften Rohstoffpapiere (Indexfonds, Futures und Optionsscheine).“ (9)

2007 bereits wuchs der Handel um 32 Prozent (10). Gleichzeitig stieg zwischen Juni 2005 und Juni 2007 der Wert von Rohstofffutures, die *Over the Counter*, also außerbörslich gehandelt wurden, um 160 Prozent (11). An der Rohstoffbörse in Chicago stieg die Anzahl der Kontrakte zwischen Oktober 2007 und Ende März 2008 um 65 Prozent, ohne dass sich die reale Produktion in der Landwirtschaft erhöht hatte (12).

Der Preisanstieg bei Futures zog wiederum einen Anstieg am Spotmarkt (13) nach sich. Denn zum einen haben Käufer dort auf Vorrat gekauft, um weiteren Preissteigerungen zuvorzukommen. Das erhöht die Nachfrage und erzeugt Preisdruck nach oben. Zum anderen haben aber auch Verkäufer in der Erwartung höherer Preise mit dem Verkauf gewartet und damit das Angebot verknappt. Die Geschäfte mit Futures hatten also eine ganze Kettenreaktion spekulativen Verhaltens in Gang gesetzt.

Hinzu kommt, dass Spekulation nicht nur bei Nahrungsmitteln direkt eine Rolle spielt, sondern indirekt auch über den Ölpreis. Der Ölpreis ist ein strategischer Preis, das heißt er geht in die Preise aller anderen Produkte ein, an deren Produktion und Vertrieb Öl als Brennstoff oder Treibstoff beteiligt ist, also auch in praktisch alle

landwirtschaftlichen Produkte. Spekulation war also doppelt an der Blase der Nahrungsmittelpreise beteiligt: einmal direkt über agrarische Rohstoffe und indirekt über den Ölpreis. Resultat war, dass sich viele Arme in den Entwicklungsländern die tägliche Ration Brot oder Reis nicht mehr leisten konnten. In 40 Ländern kam es zu Hungerprotesten, in 19 Fällen davon zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Dass ab Juli 2008 die Preise dann noch schneller fielen als sie gestiegen waren, ist ebenfalls Resultat der Krise. Hedgefonds und anderen institutionellen Investoren wurde angesichts der realwirtschaftlichen Krise und dem daraus folgenden Rohstoffpreisverfalls nun auch die Rohstoffspekulation zu riskant und es setzte eine Fluchtwelle in US-Staatsanleihen ein – quasi der letzte Hafen, in den sich das Kapital in besonders schweren Zeiten flüchten kann.

Aber – des einen Leid ist des anderen Freud. So konnte man sich im Mai 2008 in Frankfurter Bäckereien seine Brötchen in Tüten mit folgender Reklame einpacken lassen: „*Freuen Sie sich über steigende Preise? Alle Welt spricht über Rohstoffe – mit dem Agriculture Euro Fond haben Sie die Möglichkeit, an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren.*“ Das Angebot stammte von der Deutschen Bank, die damit Kunden für einen landwirtschaftlichen Investitionsfonds gewinnen wollte. An dem Beispiel wird sichtbar, wie sich hinter den Nadelstreifen scheinbarer Seriosität Geschäftsmodelle verbergen können, die für Millionen von Menschen im Süden zur existentiellen Bedrohung werden.

Doch es ist nicht allein Spekulation, die fatale Auswirkungen auf Ernährungssicherheit und Landwirtschaft hat. Hinzu kommt generell, dass die Finanzkrise auf die Realwirtschaft übergreift und damit die Landwirtschaft doppelt trifft.

Ansteckungsweg Realwirtschaft

Die Industrieländer steckten 2009 in der Rezession. Dies führte zu einem Rückgang der Nachfrage und zum ersten Mal seit 1982 schrumpfte der Welthandel. Besonders stark spürbar ist der Rückgang der Nachfrage aus den USA. Vor allem jene Regionen, die von Exporten in die USA abhängig sind wie Mexiko, Mittelamerika und die Karibik, sind stark betroffen. Die sinkende Nachfrage aus den Industrieländern ist für Entwicklungsländer am schmerzhaftesten bei Rohstoffen spürbar, die die Basis des zurückliegenden Wachstumsbooms waren. Parallel zur Nachfrage gehen auch die Investitionen der Industrieländer in die armen Länder zurück (14).

Sehr schnell und stark betroffen von der Krise waren auch die privaten Kapitalströme in den Süden. Sie fielen ab dem dritten Quartal 2008, während die Kapitalkosten

stiegen. Die Zinsen erhöhten sich und das Volumen von Bankkrediten ging um 40 Prozent zurück (15).

Auf Länder, aus denen viele Arbeitsemigranten kommen, wirkt sich zudem der Rückgang der Auslandsüberweisungen aus, denn steigende Arbeitslosigkeit in den Gastländern trifft zuerst Migranten.

Sinkende Exporteinnahmen, der Rückgang von Investitionen und Kapitalflüssen führen zusammengenommen dazu, dass viele Länder in eine neue Schuldenfalle geraten werden. Denn wenn die Importe teurer werden als mit Exporten verdient werden kann, entsteht ein Zahlungsbilanzdefizit, das durch Schulden – oder durch Sparen – ausgeglichen werden muss. Selbstverständlich schlagen all diese Kriseneffekte auch auf die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit durch.

Zwar begann die Weltkonjunktur sich 2010 wieder zu erholen, doch das ist im Wesentlichen den dynamischen Volkswirtschaften der Schwellenländer zu verdanken, vorneweg China, das sich regelrecht als Lokomotive der Weltwirtschaft erweist. Auch Deutschland profitiert mit seiner starken Exportorientierung davon. Allerdings ist die Krise nicht wirklich vorbei. Die Griechenlandkrise im Mai 2010 und erneut die prekäre Lage Irlands und Portugals im November 2010, die sich zu einer Bedrohung des Euro auszuwachsen können, zeigen ein neues Phänomen: selbst EU-Mitgliedsländer sind den Finanzmärkten ausgeliefert. Und auch die USA haben mit fast zehn Prozent Arbeitslosigkeit, geringem Wachstum und über hundert Bankenpleiten allein 2010 die Talsohle noch nicht durchschritten. Der jüngste G20-Gipfel in Seoul konnte in den entscheidenden Fragen keine Fortschritte erzielen. Auch sind die Nahrungsmittelpreise wieder im Anstieg begriffen, wenn auch nicht so drastisch wie bei der Blase von 2007/08. Alles in allem sind die wirtschaftlichen Aussichten an der Schwelle des neuen Jahrzehnts also höchst unsicher.

Das Krisenmanagement der G8 und G20

Der Höhepunkt der Nahrungsmittelkrise fiel mit dem G8-Treffen im japanischen Toyako zusammen. Der Gipfel griff daher das Thema auf und verabschiedete ein *Leaders Statement on Global Food Security* (16), in dem zehn Milliarden US-Dollar für Nahrungshilfe und zur Steigerung der Agrarproduktion versprochen wurden. Allerdings handelte es sich bei diesen zehn Milliarden um Mittel aus der laufenden humanitären und Entwicklungshilfe und nicht um zusätzliches Geld. Auch sonst blieb die Erklärung vage und unverbindlich – Business as usual, das der kritischen Lage in keiner Weise gerecht wurde.

Beim ersten G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im November 2008 in Washington – der letzte Auftritt von George W. Bush – wurde die Nahrungsmittelkrise dann nicht mehr erwähnt. Demgegenüber war eines der

wichtigsten Ergebnisse des G20-Gipfels in London Anfang April 2009, dass die enorme Summe von 1,1 Billionen US-Dollar über den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank und multilaterale Entwicklungsbanken für Schwellen- und Entwicklungsländer bereitgestellt wurden, um die Krisenfolgen abzufedern (17). Als Hilfe in der Not ist das Paket durchaus sinnvoll und auch für die Landwirtschaft potenziell nützlich, auch wenn die Kehrseite der Medaille eine Aufwertung der beiden undemokratischen Bretton Woods-Institutionen (IWF und Weltbank) ist. Auch die Gipfelrhetorik hat sich mit Obama und unter dem Eindruck der Krise deutlich verändert. Die Probleme der Entwicklungsländer werden ausdrücklich und ausführlich anerkannt.

Im Vorfeld des G8-Treffens 2009 in Italien fand dann erstmals auch ein Treffen der G8-Landwirtschaftsminister statt. Die Abschlusserklärung blieb jedoch sehr konventionell. Speziell zur Preisvolatilität aber wurde, wie oben bereits erwähnt, zum ersten Mal von den G8 das Problem der Spekulation angesprochen. Als Instrument zur Preisstabilisierung wird zudem eine international koordinierte Lagerhaltung von Lebensmitteln in Betracht gezogen (18). Der Vorschlag signalisiert, dass das Vertrauen in den Markt angekratzt ist, auch wenn gleichzeitig noch das Freihandelsdogma und der „erfolgreiche“ Abschluss der Doha-Runde beschworen werden.

Auch die Erklärung des G8-Gipfels in L'Aquila im Juli 2009 nimmt sich ausführlich der Nahrungskrise an und plädiert dafür, „*Landwirtschaft und Nahrungssicherheit ins Zentrum der internationalen Agenda zu stellen*“ (19). Außerdem wird eine *L'Aquila Initiative on Global Food Security* lanciert, derzufolge 20 Milliarden US-Dollar, verteilt über drei Jahre, versprochen werden (20).

Die Abschlusserklärung der G20-Länder in Pittsburgh im September 2009 fordert die Weltbank auf, einen Trust Fund für diese Initiative zu schaffen. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, sich dem Problem „exzessiver Preisvolatilität zuzuwenden“ (21).

Die Obama-Administration hat schließlich mit ihrem großen Gesetzespaket zur Finanzmarktregulierung vom Juli 2010 auch eine stärkere Regulierung des Handels mit Rohstoffderivaten beschlossen. So sollen zum Beispiel Obergrenzen für den Erwerb von Futures eingeführt und für mehr Transparenz gesorgt werden. Da aber noch viele Ausführungsbestimmungen fehlen, besteht die Gefahr, dass die neue Mehrheit der Republikaner die Reform verwässert. Auch die EU hat für 2011 eine Direktive zur stärkeren Regulierung der Finanzmärkte angekündigt, und Sarkozy will beim nächsten G8- und beim G20-Treffen, die 2011 beide in Frankreich stattfinden, das Thema stark machen.

Aber es bedarf wohl noch sehr des Drucks aus der Gesellschaft, wenn substantielle Fortschritte erzielt werden sollen.

Firewall zwischen Finanzmärkten und Agrarhandel

Da sich die wichtigsten Börsen für den Handel mit Agrarfutures in Chicago, New York, Dallas und London befinden, wäre eine Regulierung in den USA und Großbritannien der entscheidende Hebel, den Einfluss der Finanzmärkte auf die Agrarpreise einzudämmen. Der US-Gesetzesentwurf für die Reform der Finanzmärkte sieht eine Verstärkung der Aufsicht vor sowie eine Einbeziehung des Handels mit Derivaten *Over the Counter*. Das sind Schritte in die richtige Richtung, sofern sie denn konsequent umgesetzt werden. Allerdings unterbinden sie nicht grundsätzlich den Einfluss von Spekulation auf die Preisbildung von Agrarrohstoffen.

Ernährungssicherheit ist nur möglich, wenn der Agrarhandel von der Dynamik der Finanzmärkte entkoppelt wird. Es muss eine Art *Firewall* zwischen Finanzmärkten und Agrarhandel errichtet werden. Die Nahrungsmittelpreise haben für Hunderte Millionen von Menschen existentielle Bedeutung. Sie sind zu wichtig, um einem „Monster“, wie Ex-Bundespräsident Köhler die Finanzmärkte nannte, überlassen zu werden.

Vordringliche Aufgabe ist es dabei, die *Finanzialisierung*, das heißt die Integration des Agrarsektors in die Logik und Dynamik der Finanzmärkte und seine Unterwerfung unter das System des Finanzmarktkaos zu verhindern. Die oben geschilderte Blasenbildung war nämlich keine Ausnahmeerscheinung, sondern reflektiert den generellen Trend, Rohstoffe zum Gegenstand spekulativer Geschäftsmodelle zu machen. Die steigende Nachfrage bei gleichzeitiger Verknappung – am deutlichsten bei Öl, das kurz vor seinem Förderhöhepunkt (*Peak Oil*) steht oder ihn vielleicht sogar schon hinter sich hat – versprechen dauerhaft hohe Profite. Ähnliches gilt auch für viele andere Rohstoffe. Auch bei Nahrungsmitteln steigt angesichts eines Bevölkerungswachstums auf neun Milliarden bis 2050 die Nachfrage, während der Klimawandel vor allem in den Tropen und Subtropen zu dramatischen Problemen auf der Angebotsseite führen wird.

Als realpolitische Einstiegsforderung für die Errichtung einer *Firewall* zwischen Finanzmärkten und Agrarrohstoffen wäre ein Händlerregister sinnvoll, mit dem nur solche Händler an den Rohstoffbörsen zugelassen werden, die als sogenannte *Commercial Traders* („gute Spekulanten“, die auf eine reine Preisabsicherungsfunktion für die Produzenten beschränkt sind) eine nützliche Rolle spielen. Die *Commercial Traders* kennen die Märkte, ihre Futures sind nicht vom physischen Markt (Spotmarkt) entkoppelt. Ein Händlerregister funktioniert freilich nur, wenn der völlig unregulierte und intransparente Handel mit Derivaten *Over the Counter* unter Aufsicht gestellt wird und dort für Nahrungsmittelderivate die gleichen Regeln wie beim Börsenhandel gelten.

Folgerungen & Forderungen

- Die Integration des Agrarsektors in die Logik und Dynamik der Finanzmärkte ist zu verhindern. Agrarrohstoffe respektive Nahrungsmittel dürfen nicht zum Gegenstand spekulativer Geschäftsmodelle werden.
- Als erster Schritt zur Errichtung einer *Firewall* zwischen Finanzmärkten und Agrarrohstoffen wäre ein Händlerregister sinnvoll, das nur solche Händler an den Rohstoffbörsen zulässt, die sich als sogenannte *Commercial Traders* auf eine reine Preisabsicherungsfunktion für die Produzenten beschränken.
- Der völlig unregulierte und intransparente Handel mit Derivaten *Over the Counter* muss unter Aufsicht gestellt werden und es müssen dort für Nahrungsmittelderivate die gleichen Regeln wie beim Börsenhandel gelten.
- Mittelfristig ist der Handel mit Grundnahrungsmitteln für Entwicklungsländer dem unregulierten Zugriff der Märkte zu entziehen und stattdessen politisch auf der Grundlage internationaler Abkommen und im Interesse von Ernährungssicherheit zu regulieren.

Mittelfristig aber käme es darauf an, den Handel mit Grundnahrungsmitteln für Entwicklungsländer dem unregulierten Zugriff der Märkte und damit des ungehemmten Profitprinzips ganz zu entziehen und stattdessen politisch auf der Grundlage internationaler Abkommen und im Interesse von Ernährungssicherheit zu regulieren.

Daher ist Ernährungssicherheit auch nicht mit der Freihandelsideologie der WTO kompatibel. Die WTO ist hier Teil des Problems, nicht der Lösung. Stattdessen wäre ein internationales Governance-Verfahren zu etablieren, gegebenenfalls durch eine reformierte und demokratisierte FAO, das sowohl die Interessen der Produzenten als auch der Konsumenten, insbesondere die der als besonders „verwundbar“ geltenden Bevölkerungsgruppen, vertritt.

Das Menschenrecht auf Nahrung ist keine Ware. Der Bankrott des Finanzmarktkasinos ist zugleich der Bankrott einer Theorie und Praxis, wonach der Markt immer und in jedem Fall die Instanz sei, Wirtschaft optimal zu organisieren. Zumindest für die Sicherung des existentiellen Rechts auf Nahrung hat sich mit dem Crash einmal mehr gezeigt: der Markt kann das nicht. Er versagt systematisch und wenn man sich dennoch auf ihn verlässt, zahlen Millionen Menschen mit dem Leben. Die Krise ist eine Chance, die Sicherung der Welternährung endlich mit anderen Methoden – politischen und demokratischen – zu versuchen. Dazu muss sich die entwicklungs-politische Community in die Debatte um die Reform der Finanzmärkte einschalten. Denn es trifft zu, was die UNCTAD in ihrem Report zur Finanzkrise schreibt (22):

„Nichts außer der Schließung des großen Casinos wird eine dauerhafte Lösung bringen.“

Anmerkungen

- (1) London Summit: Leaders' Statement 2. April 2009.
- (2) United Nations: World Economic Situation and Prospects 2009. New York 2009, p. 26
- (3) FAO: The State of Food Insecurity in the World. Rome 2009, pp. 10/11.
- (4) Ebenda.
- (5) FAO: Crop prospects and food situation. Rome 2009.
- (6) FAO: World Food Situation. Food Price Indices. December 2009 (fao.org/worldfoodsituation/FoodPricesIndex/en/).
- (7) CFTC: Remarks of Commodity Futures Trading Commission (CFTC) Commissioner Michael V. Dunn before the Swiss Futures and Options Association's, Bürgenstock Meeting. 5. September 2008.
- (8) G8 Agriculture Ministers Meeting 2009: Final Declaration 20th April 2009. Cison di Valmarino. Abs. 6.
- (9) UNCTAD: Addressing the Food Crisis. New York, Geneva 2008, p. 7.
- (10) UNCTAD: World Trade Report 2008. New York, Geneva 2008, p. 21.
- (11) Bank for International Settlement: Amounts outstanding of over-the-counter (OTC) derivatives. Geneva 2008.
- (12) Ausführlicher zu dem ganzen Prozess siehe: Peter Wahl: Food Speculation. The Main Factor of the Price Bubble in 2008. Briefing Paper. Berlin 2009 (www2.weed-online.org/uploads/weed_food_speculation.pdf).
- (13) Am Spotmarkt (im deutschen Sprachgebrauch auch Kassamarkt genannt) werden Geschäfte, das heißt Lieferung und Bezahlung, in einem Zuge (max. innerhalb 24 Stunden) abgewickelt.
- (14) UNCTAD: The Least Developed Countries Report 2009. New York, Geneva 2009, p. 57.
- (15) United Nations: World Economic Situation and Prospects 2009. New York 2009.
- (16) G8 2008: Hokkaido Toyako Summit Leaders Declaration, 8. July 2008.
- (17) London Summit: Leaders' Statement 2. April 2009, Art. 5.
- (18) G8 Agriculture Ministers Meeting: Final Declaration 20th April 2009. Cison di Valmarino. Abs. 7.
- (19) G8 2009: L'Aquila Leaders' Declaration. Responsible Leadership for a Sustainable Future, Abs. 111.
- (20) AFSI: L'Aquila Joint Statement on Global Food Security. L'Aquila Food Security Initiative (AFSI) 2009.
- (21) Pittsburgh Summit: Leaders' Declaration 2009 (www.pittsburghsummit.gov/mediacenter/129639.htm). Siehe dazu auch: Alicia Kolmans und Armin Paasch: Hungerkrise – Neues internationales Ernährungsregime in Sicht? Hintergrundpapier zur Konferenz EcoFair Rules. Ecofair Trade Dialogue und Misereor: Aachen und Berlin 2010.
- (22) UNCTAD: The Global Economic Crisis: Systemic Failures and Multi-lateral Remedies. New York, Geneva 2009.

Autor

Peter Wahl

Leiter der Abteilung Finanzmärkte bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung. Mitbegründer von Attac Deutschland.

Eldenaer Str. 60
10247 Berlin

E-Mail: peter.wahl@weed-online.org

